

# Darum ist das Riesen-Gewächshaus gescheitert

**Landwirtschaft** Hier ein kritischer Kanton Bern, dort aufmüpfige Freiburger Gemeinden: Die Idee, im Grossen Moos ein gigantisches Gewächshaus zu bauen, musste letztlich als zu gross abgetan werden. Das Projekt wurde allerdings neu ausgerichtet und lebt weiter.

Lino Schaaeren

Ein Mega-Gewächshaus mit der Fläche von 110 Fussballfeldern im Grossen Moos, zudem Infrastruktur für Logistik und Verarbeitung zentralisiert am selben Standort auf weiteren 20 Hektaren: Die «Vision Energiebündel Seeland» der Genossenschaft Gemüse-Erzeuger Seeland (GES) hat im Sommer 2017 für Aufregung gesorgt. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz kündigte umgehend Widerstand gegen die «grossflächige Verglasung des Seelands» an, und so war schnell absehbar, dass das Vorhaben einen schweren Stand haben würde.

Einen zu schweren, wie sich nun herausstellte: Die GES hat bereits in einem frühen Projektstadium entschieden, auf das Gewächshaus auf 80 Hektaren zu verzichten. Bei der Vision für den Seeländer Gemüsebau will sie einen einschneidenden Kurswechsel vornehmen: Neu sollen kleinere Gewächshäuser dezentral erstellt werden. Der Beschluss der Geschäftsleitung, die Planung des grössten Gewächshauses der Schweiz zu stoppen, datiert bereits vom vergangenen November. Er wurde aber erst diesen Montag durch das BT publik gemacht.

## Es geht in die nächste Runde

Ursprünglich sah die GES für das XXL-Gewächshaus zwei mögliche Standorte im Grenzbereich der Kantone Bern und Freiburg vor: einen zwischen Ins und Müntschemier, einen zwischen Sugiez und Kerzers. Die Vision der Genossenschaft: Ein grossflächiger Gewächshauskomplex, mit dem das Gemüseanbaugelände Seeland gestärkt werden soll; in dem etwa Tomaten, Gurken oder Peperoni wetterunabhängig im Inland angebaut werden können. Vorbild waren Anlagen im Ausland, etwa in Holland. In das Seeländer Projekt involviert ist auch die landwirtschaftliche Vermarktungsorganisation Fenaco.

Mit dem Verzicht auf die Konzentration der Gewächshausfläche sei diese Vision nun aber keineswegs gestorben, sagt GES-Geschäftsführer Sam Zurbrugg: Im



Herbst 2018 auf Feld eins zurückgeworfen, sei man inzwischen bei der Neuausrichtung bereits wieder einige Schritte weiter.

Geplant ist nach wie vor eine konzentrierte Logistik- und Verarbeitungsanlage, allerdings nicht mehr in der Landwirtschaftszone, sondern angegliedert an ein bestehendes Gewerbe- und Industriegebiet im Seeland. Damit sollen die baurechtlichen Hürden gesenkt werden. Das Riesen-Gewächshaus soll zudem an verschiedenen Standorten durch «kleine» Treibhäuser ersetzt werden, wobei diese immer noch um die zehn Hektare umfassen würden.

## Angebot für Grundstück

Zum Regionaljournal von Radio SRF sagte Zurbrugg Anfang Woche, dass man bereits ein Angebot für ein Grundstück im Gebiet Ins/Müntschemier erhalten habe und zuversichtlich sei, im Herbst beim Kanton Bern ein Baugesuch einreichen zu können.

Doch was hat letztlich zur Abkehr vom Bau des grössten Gewächshauses der Schweiz geführt? Bereits vor zwei Jahren kristallisierte sich für das GES-Projekt ein grosser Stolperstein in Form einer Bundesvorschrift heraus. Land, auf dem Gewächshäuser stehen, gilt in aller Regel nicht mehr als Fruchtfolgefläche. Der Bund verlangt aber zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit, dass die Kantone eine bestimmte Anzahl Hektaren als Fruchtfolgeflächen ausweisen. Diese wiederum sind aufgrund der knappen Reserven oftmals nicht bereit, die Flächen für den Bau von Gewächshäusern zur Verfügung zu stellen.

## Widerstand kam vom Kanton

So auch im Kanton Bern. Während sich die allenfalls direkt betroffenen Gemeinden Ins und Müntschemier offen zeigen gegenüber den Plänen für das Mega-Gewächshaus, äusserte sich der Kanton von Beginn weg

kritisch. Auf Anfrage schreibt Daniel Wachter, Vorsteher des Amtes für Gemeinden und Raumordnung, dass man die Initianten bei mehreren Gelegenheiten über die rechtlichen Rahmenbedingungen informiert habe. Eine abschliessende Beurteilung des Projekts sei aber nicht vorgenommen worden, da das Projekt nie als Planungsgeschäft an den Kanton herangetragen worden sei.

## «Kaum bewilligungsfähig»

«So, wie das Vorhaben präsentiert worden ist, eine 80 Hektaren umfassende Anlage mitten im Grossen Moos, wäre es nach heutigem Recht aber kaum bewilligungsfähig gewesen», so Wachter. Er verweist dabei auf die Missachtung des raumplanerischen Konzentrationsprinzips, die geplante industrielle Tätigkeit in der Landwirtschaftszone – und eben auf den Verbrauch von Fruchtfolgeflächen zulasten des kantonalen Kontingents.

Anders die Situation in Freiburg. Hier zeigte sich der Kanton von Beginn weg aufgeschlossen. Das Riesen-Gewächshaus ist nach wie vor im kantonalen Richtplan enthalten. Dafür übten sich die freiburgischen Gemeinden bereits früh in Fundamentalopposition. Der Verband der Gemeinden des Seebezirks, das Pendant zum Verein seeland.biel/bienne am Murtensee, machte klar, dass man für das Gewächshaus der GES nicht Hand bieten würde.

Der Verband vertritt 18 Gemeinden und wird von Christian Brechbühl (FDP), dem Stadtmann von Murten, präsidiert. Dieser sagt: «Ein solches Monster-Projekt passt schon aufgrund der Dimension nicht in unsere Region.» Man habe negative Auswirkungen auf den Tourismus durch den gläsernen Komplex mitten im Grossen Moos befürchtet. Und: Das Riesen-Gewächshaus sei sowieso nicht konform gewesen mit dem erst vor zwei

Jahren verabschiedeten Richtplan des Seebezirks.

Aufgrund der zahlreichen Reaktionen und Gespräche habe man feststellen müssen, dass das Vorhaben, ein einziges grosses Gewächshaus zu bauen, «nicht realistisch» sei, sagt GES-Geschäftsführer Zurbrugg. Dass die Genossenschaft bereits in einem solch frühen Projektstadium bereits von der Idee der Zentralisierung an einem einzigen Standort abgekommen ist, freut wiederum die Landschaftsschützer. Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz, sagt, für ihn sei von Anfang an klar gewesen, dass das Projekt in seiner ursprünglichen Form keine Chance habe. «Ich bin deshalb sehr glücklich, hat man frühzeitig vom Riesen-Gewächshaus Abstand genommen.» Es sei lobenswert, dass die Projektverantwortlichen bereits früh im Grossen Moos geplant – allerdings noch grösser.

## Landschaftsschutz offen

Gegen die grundsätzliche Vision der GES stellen sich die Landschaftsschützer nicht: Bereits bestehende Standorte von Gewächshäusern in der Region noch effizienter zu nutzen, sprich dichter zu bebauen, könne man sich durchaus vorstellen, sagt Rodewald. Bedingung der Stiftung Landschaftsschutz dabei wäre allerdings, dass alle Gemüsebauern mitziehen – die Produzenten sollen sich also auf einige wenige Standorte konzentrieren und Synergien nutzen. Ähnlich äussert sich Christian Brechbühl vom Verband der Gemeinden des Seebezirks: Gerade in der Region Galmiz/Kerzers gäbe es bereits Gewächshäuser. «Wir sind offen, dort zu erweitern», sagt er.

Die Idee eines riesigen Gewächshauses im Seeland ist frühzeitig an der Kritik und am Widerstand des Kantons Bern und der freiburgischen Gemeinden gescheitert. Die Reaktionen zeigen handkehrum aber auch: Die Tür für die «Vision Energiebündel Seeland» – hinter der immerhin rund 80 regionale Gemüsebauern vereint sind – ist keinesfalls endgültig zugeschlagen.

**Zum Vergleich:** Gewächshaus in Oftringen mit Hydro-Salat. Eine Anlage dieser Art war auch im Grossen Moos geplant – allerdings noch grösser. KEYSTONE

# Ortsplanung sorgt für Kopfschütteln

**Nidau** Westast und Agglolac erschweren die Ortsplanung in Nidau. Hauptkritik: Die Stadt plant, als seien die Grossprojekte sicher. Das geht aus der jetzt abgelaufenen Mitwirkung zur baurechtlichen Teilgrundlage «Weiteres Stadtgebiet» hervor.

Seit 2001 wird in Nidau die Gesamtrevision der Ortsplanung vorangetrieben. Die aktuelle Planung stammt aus dem Jahr 1980 und entspricht nicht mehr den Anforderungen. Die komplexe Revision verläuft in Etappen. Bis letzte Woche lief die öffentliche Mitwirkung zur baurechtlichen Teilgrundlage «Weiteres Stadtgebiet»; nach Altstadt, Guido-Müller-Platz und Agglolac das letzte und zugleich grösste verbliebene Teilstück (das BT berichtete).

Während der Mitwirkung konnten sich die Bewohnerinnen und Bewohner von Nidau zu den

geplanten Änderungen äussern. Bisher sind gemäss Stadtschreiber Stephan Ochsenbein gegen 40 Mitwirkungen eingegangen. Parteien und Interessenverbände haben jedoch noch bis Ende Monat Zeit, um Stellung zu nehmen. Bereits öffentlich geäußert haben sich die SVP, die Regionalgruppe Biel-Seeland-Berner Jura des Verkehrs-Club der Schweiz (VCS) sowie der Verein Stopp Agglolac. In ihren Voten geht es um den Einfluss der Grossprojekte Agglolac und Westast auf die vorliegende Teilgrundordnung (TGO).

## «Mehr als befremdlich»

Die SVP schreibt, dass sie die revidierte TGO grundsätzlich begrüsse. Allerdings verschweige der Gemeinderat den grossen Widerstand in der Bevölkerung gegen den Westast und Agglolac. «Indem beide Projekte als ge-

ben betrachtet werden, stösst der Gemeinderat Kritiker der Projekte einmal mehr vor den Kopf», so die SVP. Die Partei hält es für zielführender, für das Weidteiler- und Gurnigelquartier eine eigene TGO zu erarbeiten, die auf den möglichen Autobahn-Neubau Rücksicht nimmt. Da derzeit noch unklar sei, ob und wie der Westast einst gebaut werde, sei es dafür jedoch noch zu früh. Zuerst gelte es, das Resultat des Dialogverfahrens abzuwarten.

Die Regionalgruppe des VCS weist die neue TGO zurück und verlangt, dass sie ohne die Teile mit Bezug zum Westast aufgelegt wird. «Bevor nicht geklärt ist, ob und in welcher Form der Westast gebaut wird, dürfen im Baureglement keine Fakten geschaffen werden. Das Vorgehen ist aus Sicht des VCS mehr als befremdlich», heisst es in der Stel-

lungnahme. Für den Fall, dass die Zurückweisung nicht akzeptiert werde, listet der VCS eine Reihe von zusätzlichen verkehrsbezogenen Forderungen auf.

## «Höchst unprofessionell»

Auch der Verein Stopp Agglolac spart nicht mit Kritik. Der Nidauer Gemeinderat erwähne mit keinem Wort den erheblichen Widerstand gegen Agglolac, der sich in den vergangenen Jahren gebildet habe, ganz im Gegenteil sei er nach wie vor fest davon überzeugt, dass der Perimeter mit einer «dichten Überbauung» zubetoniert werden solle. Dass beide Grossprojekte demnächst scheitern könnten, werde vom Gemeinderat offenbar gar nicht in Erwägung gezogen. «Dies ist in unseren Augen undemokratisch und höchst unprofessionell», so der Verein. Carmen Stalder



## Das Dampfschiff kehrt zurück

**Bielersee** Das historische Dampfschiff «Neuchâtel», das der Stiftung Trivapor gehört und von der Schifffahrtsgesellschaft des Neuenburger und Murtensees (LNM) betrieben wird, verkehrt diesen Sommer regelmässig am Samstag zwischen Neuenburg und Biel. Morgen steht das Schiff zwischen 13.30 und 14.30 Uhr im Hafen Biel. Es ist allen Interessierten möglich, die «Neuchâtel» während dieser Zeit zu besichtigen. Die erste öffentliche Fahrt findet dann am 25. Mai statt.

bst/Bild: Anne-Camille Vaucher/a